

Geschäftsordnung der Partei **Alternative für Deutschland** **Landesverband Bayern**

- Fassung vom 11.05.2013 -



§ 1 Geltungsbereich

Die Geschäftsordnung (GO) regelt den Ablauf der Mitgliederversammlungen und Parteitage (beides im folgenden MV abgekürzt) der Alternative für Deutschland Bayern (AfD Bayern) und ergänzt insoweit die jeweils gültige Satzung. Die Bestimmungen der Satzung haben jeweils Vorrang.

§ 2 Einberufung

Die Einberufung der Mitgliederversammlung richtet sich nach der Satzung.

§ 3 Versammlungsleitung

- (1) Der Vorsitzende oder ein Stellvertreter eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung (Form/Frist) fest.
- (2) Anschließend führt er die Wahl des Versammlungsleiters oder eines Tagungspräsidiums (beides im folgenden VL abgekürzt) durch. Die MV wählt den VL per Handzeichen mit einfacher Mehrheit.
- (3) Im Falle der Beratung und Abstimmung eines den VL selbst betreffenden Gegenstands leitet für die Dauer der Behandlung des betreffenden Gegenstands der Vorsitzende die Versammlung; ist auch dieser betroffen, wählt die MV für die Dauer der Behandlung des betreffenden Gegenstands einen zeitweiligen Versammlungsleiter.
- (4) Soweit erforderlich, kann der VL zu seiner Unterstützung Stimmenzähler ernennen.
- (5) Dem Versammlungsleiter stehen alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung erforderlichen Befugnisse zu (Wort entziehen, Ausschluss von Teilnehmern, Unterbrechung der Versammlung, Auflösung der Versammlung). Er selbst kann jederzeit zum Verfahren das Wort ergreifen.

§ 4 Protokollführung

- (1) Ein oder mehrere Protokollführer werden vom Vorstand bestellt. Aus dem Protokoll sollen Uhrzeit, Versammlungsort, Zahl der stimmberechtigt erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung und die Gegenstände der

Beschlussfassung in der Reihenfolge der Behandlung, die Beschlüsse im Wortlaut und die Abstimmungsergebnisse ersichtlich sein.

- (2) Auf Verlangen müssen abgegebene persönliche Erklärungen und Wortbeiträge in das Protokoll aufgenommen oder diesem als besondere Anlage beigelegt werden. Der Erklärende hat seine persönliche Erklärung oder seinen Wortbeitrag innerhalb fünf Tagen dem Protokollführer schriftlich zuzustellen.
- (3) Die Protokolle sind binnen vier Wochen zu erstellen, von mindestens einem Vorstandsmitglied und dem Protokollführer zu unterzeichnen und den Mitgliedern zugänglich zu machen.

§ 5 Tagesordnung

- (1) Der VL stellt die in der Einladung vorgeschlagene Tagesordnung zur Diskussion; über Änderungen der Tagesordnung entscheidet die Versammlung mit einfacher Mehrheit.
- (2) Die Aufnahme zusätzlicher, im Vorschlag nicht enthaltener Tagesordnungspunkte bedarf der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (3) Wahlen sind in der Einladung anzukündigen. Sind Vorstandswahlen angekündigt, ist ein Tagesordnungspunkt Rechenschaftsberichte aufzunehmen, in welchem der scheidende Vorstand die Arbeit der letzten Amtsperiode darstellt und Aussprache dazu möglich ist.

§ 6 Behandlung von Tagesordnungspunkten (TOP)

- (1) Der VL eröffnet für jeden Beratungsgegenstand, der auf der Tagesordnung steht, die Aussprache.
- (2) Die Versammlung kann auf Antrag die gemeinsame Beratung und Beschlussfassung von zwei oder mehr Gegenständen beschließen, sofern zwischen ihnen ein Sachzusammenhang besteht.
- (3) Sofern sie dies wünschen, erhalten zu den einzelnen Anträgen der Antragsteller zur Begründung und der Vorstand zur Stellungnahme das Wort.
- (4) Zu jedem zur Abstimmung gelangenden Gegenstand ist eine Rednerliste aufzustellen. Zur Aussprache über den Antrag erteilt der VL das Wort in der Reihenfolge der Rednerliste. Die Eintragung in die Rednerliste wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen vorgenommen. Auf Verlangen eines Teilnehmers und bei GO-Antrag auf Schluss der Rednerliste gibt der VL die auf der Rednerliste stehenden Wortmeldungen bekannt.
- (5) Der VL kann selbst zu Verfahrensfragen jederzeit das Wort ergreifen; in besonderen Fällen kann er Rednern außer der Reihe das Wort erteilen, wenn dies für den Gang der Verhandlung förderlich ist.

- (6) Nach dem Schluss der Aussprache stellt der VL etwaige Änderungs- und Ergänzungsanträge und anschließend den jeweiligen – ggf. entsprechend geänderten – Antrag zur Abstimmung.
- (7) Vor jeder Beschlussfassung ist Befürwortern und Gegnern angemessene Gelegenheit zu geben, ihre Standpunkte vorzutragen.
- (8) Mit der Abstimmung ist der TOP abgeschlossen.

§ 7 Begrenzung der Redezeit

Sofern ihm dies aufgrund der zeitgerechten Abwicklung der Tagesordnung angeraten erscheint, schlägt der VL eine Begrenzung der Redezeit vor und stellt sie zur Abstimmung. Die MV entscheidet darüber mit einfacher Mehrheit.

§ 8 Anträge zum Verfahren und zur Geschäftsordnung (GO-Anträge)

- (1) GO-Anträge können jederzeit gestellt werden. Der VL kann verfügen, dass GO-Anträge schriftlich einzureichen sind.
- (2) Über GO-Anträge ist außerhalb der Rednerliste sofort abzustimmen, nachdem der Antragsteller und ein eventueller Gegenredner gesprochen haben.
- (3) Teilnehmer, die bereits zur Sache gesprochen haben, können einen GO-Antrag auf Schluss der Debatte oder Schluss der Rednerliste nicht stellen.
- (4) Folgende Anträge zur GO sind zulässig:
Ein stimmberechtigtes Mitglied kann stellen:

Antrag auf

1. Vertagung der Versammlung
2. Absetzen des Verhandlungsgegenstandes von der Tagesordnung
3. Übergang zur Tagesordnung
4. Nichtbefassung mit einem Antrag
5. Vertagung eines Verhandlungsgegenstandes
6. Sitzungsunterbrechung
7. Schluss der Debatte bzw. Verzicht auf Aussprache
8. Schluss der Rednerliste
9. Begrenzung der Redezeit
10. Verbindung der Beratung
11. Verweisung eines Antrags an ein anderes Gremium
12. Besondere Form der Abstimmung
13. (Wiederholung der) Auszählung der Stimmen

Zehn stimmberechtigte Mitglieder können stellen:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Geheime Abstimmung
3. Verbandsöffentlichkeit

4. Aussprache
5. Personalbefragung
6. Personaldebatte

§ 9 Abstimmungen

- (1) Abstimmungen erfolgen in der Regel offen durch Handzeichen, sofern die Versammlung nichts Gegenteiliges beschließt. Die Abstimmung über Anträge kann offen oder geheim stattfinden. Geheime Abstimmung ist auf Verlangen von zehn Teilnehmern oder eines Bezirksverbandes durchzuführen.
- (2) Der VL eröffnet die Abstimmung und fragt der Reihe nach "JA"-, "NEIN"-Stimmen und Enthaltungen.
- (3) Soweit der VL den Ausgang der Abstimmung übersehen kann, kann auf eine Auszählung verzichtet werden. Bezweifelt ein Teilnehmer das Abstimmungsergebnis, wird das Ergebnis ausgezählt.
- (4) Bei einer erneuten Anzweiflung des Ergebnisses wird das Abstimmungsergebnis mittels Hammelsprung-Verfahren ermittelt.
- (5) Bezweifelt erneut ein Teilnehmer das Abstimmungsergebnis, wird eine schriftliche Abstimmung durchgeführt.

§10 Wahlen

- (1) Im Ersten Wahlgang ist gewählt, wer die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erhalten zwei oder mehr Kandidaten die höchste Anzahl an Stimmen, so entscheidet ein Zweiter Wahlgang zu dem nur die Kandidaten mit der höchsten Anzahl an Stimmen im Ersten Wahlgang zugelassen sind. Im Zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Besteht auch nach dem Zweiten Wahlgang kein eindeutiges Ergebnis, so entscheidet das Los aus der Hand des VL zwischen den Kandidaten mit der höchsten Stimmenanzahl.
- (2) Bei den Wahlen für Ämter können mindestens zehn Teilnehmer die Personalbefragung und die Personaldebatte beantragen. Die Personalbefragung und -debatte kann nicht durch Beschluss beendet werden. Die Personaldebatte findet nichtöffentlich unter Ausschluss der betroffenen Person statt. Ohne Personalbefragung kann lediglich eine Aussprache verlangt werden.
- (3) Die Aussprache zu Rechenschaftsberichten oder allgemeinen Vorkommnissen kann nicht durch Beschluss beendet werden.

§ 10a Wahl von Delegierten

- (1) Delegierte werden in einem Wahlgang gewählt.

- (2) Als Delegierte gewählt sind in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen jene, welche die relative Mehrheit erreicht haben. Gewählt sind die Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los aus der Hand des VL.
- (3) Für die Wahl der Ersatzdelegierten gilt Abs.(1) und Abs.(2) in entsprechender Anwendung.

§ 11 Anträge

§11 a Satzungsänderungsanträge

- (1) Anträge zur Änderung der Satzung oder der weiteren Rechtsnormen des Verbandes sind mit der Einladung bekanntzumachen und zu veröffentlichen. Sie können nicht an andere Organe verwiesen werden.
- (2) Anträge zur Änderung der Satzung sind vorrangig zu behandeln.
- (3) Der Landesvorstand prüft gutachterlich und neutral die Anträge auf Änderung der Satzung und trägt der MV seinen Bericht vor.

§ 11 b Allgemeine Anträge

- (1) Anträge, welche nicht unter § 11 a fallen, sind bis zwei Wochen vor der MV bei der Geschäftsstelle des Verbandes einzureichen.
- (2) Auf Anforderung sind die Anträge fünf Tage vor der MV den Mitgliedern zuzusenden.
- (3) Über die Reihenfolge der Beratung der Anträge entscheidet die MV zu Beginn der Antragsberatungen.

§ 11 c Dringlichkeitsanträge

- (1) Anträge, die von zehn Teilnehmern als dringlich bezeichnet werden, sind an die Antragsfrist nicht gebunden. Über die Dringlichkeit entscheidet die MV mit einfacher Mehrheit.
- (2) Nach Bejahung der Dringlichkeit sind sie vom Tagungsbüro jedem Teilnehmer auszuhändigen.
- (3) Dringlichkeitsanträge können nicht Anträge gem. § 11 a sein.

§ 12 Verschiedenes

- (1) Jeder Teilnehmer ist berechtigt, zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ Beiträge anzumelden. Der VL kann verfügen, dass die Anmeldungen unter Angabe eines den Inhalt beschreibenden Stichwortes schriftlich einzureichen sind.
- (2) Der VL ruft die jeweiligen Beiträge auf und eröffnet gegebenenfalls die Diskussion.

- (3) Über Gegenstände, die im Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ angemeldet wurden, kann nicht abgestimmt werden.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Sofern diese Geschäftsordnung eine Verfahrensfrage nicht eindeutig regelt, entscheidet der VL den Gang der Handlung.
- (2) Abweichungen von der GO sind nur zulässig, wenn kein Teilnehmer widerspricht.